



Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft
Herrn Staatsminister Georg-Ludwig von Breitenbuch
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

im April 2026

Anlässlich der 106. Umweltministerkonferenz in Leipzig: Aussetzen der nationalen Umsetzung der Wiederherstellungsverordnung (W-VO)

Sehr geehrter Herr Staatsminister von Breitenbuch,

anlässlich der 106. Umweltministerkonferenz vom 6. bis 8. Mai 2026 in Leipzig wenden sich die unterzeichnenden Verbände mit Nachdruck an Sie.

Wir begrüßen ausdrücklich das Ziel, Natur zu erhalten und geschädigte Ökosysteme zu verbessern. Gerade deshalb sehen wir die geplante nationale Umsetzung der europäischen Naturwiederherstellungsverordnung (W-VO) mit großer Sorge. In der aktuell vorgesehenen Ausgestaltung ist sie weder praxistauglich noch verhältnismäßig. Sie gefährdet die Zukunft einer nachhaltigen, von Eigentümern und Bewirtschaftern verantworteten Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei im Freistaat Sachsen.

Die W-VO ist in ihrer derzeit geplanten Umsetzung nicht nur fachlich und praktisch problematisch. Sie läuft auch den erklärten und notwendigen Zielen der Staatsmodernisierung zuwider. Bund und Länder haben sich auf weniger Bürokratie, klare Verfahren, schnellere Entscheidungen, digitalere Abläufe, praxistaugliche Rechtsetzung sowie den Abbau von Berichts- und Dokumentationspflichten verständigt. Die W-VO bewirkt jedoch das Gegenteil: zusätzliche Kartierungs-, Kontroll-, Nachweis- und Dokumentationspflichten, mehr Abstimmungsaufwand, mehr Vollzugslasten, mehr Rechtsunsicherheit und mehr Personalbedarf in Verwaltung und Betrieben. Statt den Staat zu verschlanken, schafft sie neue Bürokratie. Statt Recht praxistauglicher zu machen, vergrößert sie Distanz zwischen Normsetzung und betrieblicher Realität. Statt EU-Recht bürokratiearm umzusetzen, droht hier ein weiterer kostspieliger Bürokratieaufbau zulasten des ländlichen Raums.

Die Untauglichkeit der W-VO begründet sich insbesondere durch:

- unzureichende Zustands- und Bestandsaufnahmen von Schutzgebieten und Lebensraumtypen,
- uneinheitliche und ungeeignete Maßnahmenkataloge,
- starre und statische Zieldefinitionen, die die Dynamik von Klimawandel und Standortveränderungen ausblenden,

- fehlende umfassende Folgenabschätzungen für Betriebe, Eigentümer, Bewirtschafter und Verwaltung,
- ordnungspolitische Vorgaben, die verantwortliche und nachhaltige Landnutzung zunehmend ersetzen,
- fehlende Anreizsysteme bei gleichzeitiger Ausweitung von Ordnungsrecht und Sanktionen,
- massiven Bürokratieaufwuchs durch Kontroll-, Nachweis- und Dokumentationspflichten,
- unklare Finanzierung der Maßnahmen und des Vollzugs,
- fehlende demokratisch belastbare und frühzeitige Beteiligung der Betroffenen.

Die unterzeichnenden Verbände fordern daher ein Aussetzen der nationalen Umsetzung.

Wenn Bürokratieabbau, praxistaugliche Rechtsetzung und der Verzicht auf bürokratische Übererfüllung von EU-Recht ernst gemeint sind, dann muss die W-VO in ihrer jetzigen Form ausgesetzt und grundlegend überarbeitet werden. Ein Regelwerk, das Verwaltungsaufwand erhöht, Verfahren verkompliziert und die Betroffenen zusätzlich belastet, ist nicht modern, sondern rückwärtsgewandt.

Sehr geehrter Herr Staatsminister von Breitenbuch,

wir bitten Sie daher ausdrücklich, sich im Rahmen der 106. Umweltministerkonferenz in Leipzig für eine Aussetzung der nationalen Umsetzung der W-VO in ihrer derzeit vorgesehenen Form einzusetzen und eine grundlegende Überarbeitung einzufordern. Erforderlich ist ein Ansatz, der Naturschutz wirksam macht, ohne Eigentum, Bewirtschaftung, Versorgungssicherheit, Akzeptanz und Staatsmodernisierung zugleich zu beschädigen.

Mit freundlichen Grüßen,

Sächsischer Landesbauernverband e. V.



Torsten Krawczyk
Präsident

Sächsischer Waldbesitzerverband e. V.



Georg Lindner
Vorsitzender

Landesverband Sächsischer Angler e. V.



Friedrich Richter
Präsident

Sächsischer Landesfischereiverband e. V.



Bernd Lange
Präsident

Familienbetriebe Land und Forst
Sachsen und Thüringen e.V.



Prof. Dr. Justus Eberl
Vorsitzender

Die hier unterzeichnenden Verbände vertreten die Interessen von rund 65.000 Mitgliedern, welche sich für die Entwicklung des ländlichen Raumes in Sachsen engagieren.